



## **Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsbericht 2007**

### **Einleitung**

Gestützt auf das Geschäftsreglement des Einwohnerrates hat die Geschäftsprüfungskommission GPK den Amtsbericht 2007 der Stadt Liestal geprüft.

### **Vorgehen der GPK**

In 5 Sitzungen sowie je 1 Sitzung in 2 Subkommissionen, wurden die Departementsberichte in Spiegelung des Jahresprogramms, der Legislaturziele, vorgängiger Amtsberichte und der Einwohnerratsprotokolle als die wesentlichen Orientierungspunkte beurteilt. Weitere Unterlagen waren u. a.:

- a. Q-Management-Review 1/2007
- b. Zwischenresultate Arbeitsgruppen Standortmarketing
- c. Vereinbarung zwischen der Kantons- und Stadtpolizei Liestal in Bezug auf die ortspolizeilichen Aufgaben
- d. Organigramm Gemeindeführungsstab
- e. Leistungsvereinbarung über den Bezug der Gemeindesteuern, der Gemeindenebensteuern, ... durch die kantonale Steuerverwaltung
- f. Merkblatt Steuererlass 2004
- g. Kulturkonzept
- h. Evaluationsergebnisse der FHNW bezüglich Q2E-Zertifizierung der Schulen
- i. Diverse Informationsblätter der Schulen, z. B. zur Gesundheitsförderung

Nach Beantwortung der schriftlichen Fragen an den Stadtrat und die Stadtverwaltung wurden diese mit der Stadtpräsidentin und dem Stadtverwalter diskutiert und ergänzt. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Bereich Bildung und Sport erfolgte mit dem zuständigen Stadtrat und dem Bereichsleiter Bildung. Die GPK liess sich vor allem die Qualitätsmassnahmen rund um die angestrebte Q2E-Zertifizierung und weitere Schulprojekte erläutern.

### **Form**

Der Bericht ist sachlich und flüssig verfasst, die Gliederung entspricht dem Jahresprogramm. Während die einen Departemente ausführlicher berichten, beschränken sich andere auf das z. T. sehr knappe Festhalten von Tatsachen. Die GPK würde eine Ausgewogenheit bevorzugen. Die Kommission ist der Meinung, dass sich der Amtsbericht über den Umsetzungsstand aller Vorhaben des Jahresprogramms äussern sollte, was im vorliegenden Bericht nicht der Fall war. Dies hatte mehrere Nachfragen ausgelöst, die die Beilage entsprechend verlängert haben. Mit Bezug auf ihre letztjährige Reklamation hält die Kommission fest, dass der Bericht redaktionell sauber verfasst ist.

### **Inhalt**

Wir verweisen auf die Beilage „Fragen und Kommentare der GPK – Antworten seitens Stadtrat und Stadtverwaltung“, die integrierender Bestandteil des Berichts ist. Wir ergänzen sie hier mit folgenden Kommentaren:

- a. Die Vereinbarung zwischen Stadt- und Kantonspolizei stammt aus dem Jahr 1990 und ist in einigen Punkten überholt. Die GPK fordert den Stadtrat auf, deren

- Überarbeitung im Zuge einer gründlichen Auslegeordnung unter Einbezug des Einwohnerrats in den nächsten Monaten tatsächlich zu realisieren.
- b. Die Zahl der Nachtparkkontrollen wird als zu gering beurteilt.
  - c. Bezüglich Standortmarketing würdigt die Kommission die Tätigkeiten in den beiden Arbeitsgruppen. Da das Thema seit langem im Raum steht, erwarten wir nun direkte und konkrete Taten.
  - d. Die GPK nimmt gern von der Zusammenarbeit der Feuerwehren Kenntnis.
  - e. Der Bericht zum Audit 2008 muss gemäss Beschluss des Einwohnerrats in der letzten Einwohnerratssitzung vor den Sommerferien 2008 vorliegen.
  - f. Jugendkommission: es muss motiviert werden, dass sich die Jugendlichen vermehrt einbringen. Es wird festgestellt, dass noch nicht viel gelaufen ist. Bisher wurden ca. acht Sitzungen durchgeführt. Die partizipativen Projekte haben gezeigt, dass die jungen Personen mit Vorteil von Jugendlichen oder von Personen, die den Jugendlichen nahe stehen, gewonnen werden sollten.
  - g. Der Rücklauf der Befragung Lehrerschaft bei der FHNW-Evaluation hätte angesichts eines technischen Problems auf andere Weise erhöht werden müssen.
  - h. Die Zahl Massnahmen zur Förderung von besonderen Begabungen bei Schulkindern wertet die Kommission als zu gering.
  - i. Die GPK empfiehlt ihrer Nachfolgekommission der nächsten Amtsperiode, sich mit der Regionalen Musikschule genauer zu beschäftigen, wenn sich die neue Leitung etabliert hat.

Der Bildungsbereich zeigte sich als modern und lebendig. Die GPK hat gern die insgesamt erfreulichen Evaluationsergebnisse der FHNW zur Kenntnis genommen. Die Vielzahl der Projekte (s. Beilage) ist eine Herausforderung für die Lehrerschaft. Zusammenfassung: wir haben im Zuge dieser Amtsbericht-Prüfung keine gravierenden Mängel festgestellt.

### **Würdigung und Dank**

Der ISO-Zertifizierungsprozess der Stadtverwaltung beanspruchte neben den regelrechten Aufgaben und Tagesgeschäften im Berichtsjahr viel Energie und Aufmerksamkeit. Dass die Stadt als erste Gemeinde im Kanton diese Zertifizierung ohne Vorbehalte erlangt hat, würdigt die GPK als grosse Leistung. Qualitätssichernde Strukturen und Prozesse haben auch bei lauernden Papiertigern immer positive Auswirkungen.

Der Stadtrat hat mit viel Einsatz seine Departemente geführt und folgerichtige Schritte für die Stadtentwicklung getan.

Hinter allen kleinen Schritten, hinter reibungsarmen Verwaltungsabläufen und Kundenkontakten, hinter einem soliden Schulbetrieb, geschweige denn hinter „grossen Würfeln“ der Politik steckt eine enorme Fein- und Fleissarbeit, die die Allgemeinheit kaum oder nicht wahrnimmt. Wir wollen sie an dieser Stelle hervorheben, wertschätzen und dem Stadtrat sowie allen Mitarbeitenden der Stadt, angestellt oder ehrenamtlich, führend oder ausführend, bestens dafür danken.

### **Antrag der GPK**

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, den Amtsbericht 2007 zu genehmigen.

Namens der Geschäftsprüfungskommission:



Claudia Roche, Präsidentin  
Liestal, 27. Mai 2008

**Amtsbericht 2007 – Fragen und Kommentare der Geschäftsprüfungskommission an den Stadtrat und die Stadtverwaltung**

**Antworten seitens Stadtrat und Stadtverwaltung**

1.	Bevölkerung FE	<p>1.1 Warum sind bei den Bevölkerungsanteilen nach Konfessionen unter „Moslemisch“ nicht alle erfasst?</p> <p>Beim früheren Einwohnerkontroll-Programm „GEORG“ hatte man nicht so viele Konfessionen zur Auswahl wie beim heutigen Programm „RUF“. Daher wurden damals alle <i>nicht Christen</i> mit „Andere Religionen“ erfasst. Bei der Datenübernahme von GEORG zu RUF wurde dies so übernommen. Die Einwohnerkontroll-Daten „andere Religionen“ werden bei Kontakt mit der Einwohnerschaft laufend präzisiert.</p>
3.	Departemente und Stabsdienste	
3.1.1.	Stadtverwaltung	<p>Sind die Dienstleistungsprozesse vorhanden und die Schnittstellen bereinigt? Sind die Führungs- und Supportprozesse fertig gestellt?</p> <p>Die Dienstleistungsprozesse und wesentlichen Supportprozesse sind vorhanden. Soweit sich aufgrund des Praxis-Alltags die Aufnahme zusätzlicher Dienstleistungsprozesse als zweckmässig und nützlich erweist, werden diese ergänzt. Die Bereinigung der Schnittstellen ist eine Daueraufgabe. Sie bildet eines der Schwergewichte in der Nach-Zertifizierungsphase. Die Führungsprozesse sind ebenfalls erstellt. Diejenigen an der Schnittstelle zur Politik werden dem Stadtrat bis Ende 2008 zum Detailstudium und zur Genehmigung im Einzelnen unterbreitet.</p>
	Standort Liestal	<p>Wie sehen die konkreten Massnahmen aus den beiden Arbeitsgruppen aus?</p> <p>Die Arbeitsgruppen haben Ideen und Lösungsansätze in vier Paketen präsentiert:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Beispiel für Massnahmen, die weiter verfolgt werden: Feierabendgespräche der Stadtpräsidentin.</li> <li>2. Beispiel für Massnahmen, die einen politischen Prozess benötigen: blaue Parkzone und Autoverkehr in der Rathausstrasse im Schrittempo.</li> <li>3. Beispiel für Massnahmen, die der Detailhandel lösen muss: Kundenorientierung.</li> <li>4. Beispiel für Massnahmen, die nicht weiterverfolgt werden sollen: Parkhaus auf dem Wasserturmplatz.</li> </ol> <p>Credo ist, dass jetzt Umsetzungen angegangen werden sollen. Der Prozess wird sich projektbezogen abwickeln. Derzeit wird das Thema eines „Centerleiters“ erörtert. Je nach Aufgabe werden spezifische Experten beigezogen. Informationsveranstaltungen sind nicht öffentlich, über Resultate wird informiert. Die beiden Arbeitsgruppen Innenstadt und Gewerbestadt tagen jetzt miteinander. Sie haben sich vorgängig gegenseitig über ihre Erkenntnisse informiert. Alle Arbeitsgruppen-Ergebnisse sollen von den Arbeitsgruppenleitern auch den Fraktionen kommuniziert werden. Das Engagement ist hoch.</p>

	<p>Stand Anlaufstelle Public Private Partnership?</p> <p>Ein Kernteam, bestehend aus 2 Mitgliedern der Arbeitsgruppe und 2 Stadträten sowie dem Stadtverwalter, bearbeitet die Thematik.</p>
	<p>Stand Tourismusfachstelle?</p> <p>Diese Thematik wird ebenfalls im Rahmen der Anlaufstelle bearbeitet. Behandlung vorgesehen an der Zusammenkunft vom 28. Mai 2008.</p>
	<p>Welche Fachpersonen werden beigezogen?</p> <p>Themen- und projektabhängig sollen die geeigneten Fachpersonen beigezogen werden. Der Entscheid ist Sache der noch zu wählenden Kommission in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat.</p>
	<p>Wer ist zuständig?</p> <p>Die Zuständigkeit politisch ist primär beim Stadtpräsidium, operativ beim Stadtverwalter. In Bezug auf die Massnahmen sind der Gesamtstadtrat und die operative Ebene umfassend gefordert.</p>
3.1.2.	<p>Stadtpolizei</p> <p>Betreffen die Stellungnahmen für Gastwirtschaft Gelegenheitswirtschaften oder Ganzjahresbetriebe?</p> <p>Die Stellungnahmen für Gastwirtschaften betreffen die Ganzjahresbetriebe. Vereinzelt nimmt die Stadtpolizei auch zu Gelegenheitswirtschaftspatenten Stellung. Geprüft werden kommunale Belange im Rahmen der Gesetzgebung.</p>
	<p>Welche Erfahrungen wurden mit dem Verrechnungssystem gemacht?</p> <p>Das Verrechnungssystem brachte der Stadtpolizei mehr Arbeit. Jeder Verrechnungsrapport betrifft ein Offizialdelikt, welches an den Bussenausschuss (im VwOR geregelt) rapportiert werden muss. Im Jahr 2007 waren es insgesamt 4 Verrechnungsrapporte. 2 betrafen Ruhestörungen und 2 das Hundewesen. Alle Fälle konnten im Bussenanerkennungungsverfahren erledigt werden. Verrechnungen aus dem Jahre 2007 sind nicht mehr zu erwarten, die diesbezügliche Beschwerde der Stadt Liestal war erfolgreich.</p>

		<p>Wie gestaltet sich heute die Zusammenarbeit zwischen Stadtpolizei und Polizei BL? Zielsetzung? Kostensituation? Die GPK möchte eine allfällige schriftliche Vereinbarung sehen.</p> <p>Die Zusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei und der Stadtpolizei funktioniert auf gegenseitiger Unterstützung je nach Bedarf und der Vereinbarung vom 11.09.1990. Die Zielsetzung geht dahin, dass die Stadtpolizei gemäss Konzept vermehrt Nachtdienst und Pikett leistet. Dadurch dürften die Kosten für die Stadtpolizei steigen. Das Konzept Stadtpolizei 2012 soll möglichst bald dem Stadtrat und danach dem Einwohnerrat zugeführt werden. Der Stadtrat hat das grösste Interesse, über die Zukunft der Stapo Gewissheit zu erlangen. Das Budget 2008 ist bis dahin blockiert.</p>
		<p>Welche Lösungsansätze sind verfolgt worden betreffend „Weisse Gasse“?</p> <p>Die „Weisse Gasse“ wurde in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei intensiv kontrolliert. Die anwesenden Jugendlichen wurden notiert und weg gewiesen. Nach ca. 2 Monaten erfolgten eine Auswertung und anschliessend eine Zusammenkunft mit den Jugendlichen, den Anwohnern, Vertretern der Kantonspolizei, dem Streetworker und der Stadt Liestal. Zurzeit wird die Weisse Gasse weiter kontrolliert, und die Kontrollen werden im Hinblick auf die wärmeren Jahreszeiten wieder intensiver durchgeführt. Ebenfalls war die Weisse Gasse ein Thema am runden Tisch Sicherheit. Es wurden dort Massnahmen diskutiert, welche zurzeit durch die verantwortlichen Stellen der Stadt geprüft werden.</p>
		<p>8 Nachparkkontrollen im Jahr sind sehr wenig – werden solche auch durch die Kantonspolizei durchgeführt?</p> <p>8 Nachparkkontrollen im Jahr sind den Umständen angepasst. Mehr Kontrollen würden den Verwaltungsaufwand in einer ungünstigen Relation zum Nutzen erhöhen. Die Kantonspolizei führt keine Nachparkkontrollen durch, da dies nur in der Zuständigkeit der Gemeinden liegt.</p>
		<p>Ist die telefonische Erreichbarkeit während der Bürozeiten gewährleistet?</p> <p>Die Erreichbarkeit der Stadtpolizei ist Montag bis Freitag von 0700 Uhr bis 1700 Uhr durchgehend gewährleistet. Zusätzlich ist die Stadtpolizei während den Dienstverschiebungen und den Samstag-Diensten telefonisch für die Bevölkerung und die Polizei Basel-Landschaft erreichbar.</p>
		<p>Wird die Stadtpolizei auch für gemeinsame Übungen und Schulungen für Feuerwehr, Zivilschutz und Gemeindeführungsstab GFS einbezogen?</p> <p>Die Stadtpolizei wird nicht für Schulungen der Feuerwehr und Zivilschutz einbezogen. Anders verhält es sich beim GFS. Da der Leiter der Stadtpolizei Angehöriger des GFS ist, kann er sein fachspezifisches Wissen an den GFS weitergeben.</p>
		<p>Wer ist für das Inkasso der Ordnungsbussen verantwortlich, und wie viel Zeit beansprucht das?</p> <p>Das Inkasso der Ordnungsbussen erfolgt mit dem Ordnungsbussen-Verwaltungsprogramm „Epsipol“ durch den Leiter Stapo. Dies beansprucht pro Woche ca. 2 Stunden Arbeitszeit.</p>

		<p>Besteht ein Konzept für die Parkkontrollen?</p> <p>Die Parkplätze auf dem Gemeindegebiet der Stadt Liestal werden anlässlich von Patrouillengängen und Patrouillenfahrten mindestens dreimal pro Woche (je 2 x 2 Stunden) zu unterschiedlichen Zeiten kontrolliert. Konzeptionell werden bewusst keine festen Zeiten festgelegt (Konzept der unberechenbaren Kontrolltätigkeit).</p>
		<p>Welche verkehrspolizeiliche Anordnungen wurden bearbeitet?</p> <p>Folgende VPA wurden durch die Stapo bearbeitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Liestal, Tiergartenstrasse      Aufhebung Parkverbot</li> <li>- Liestal, Rosenstrasse          Aufhebung Überholverbot</li> <li>- Liestal, Obergestadeckweg      Pausenplatz Schulhaus Gestadeck, Fahrverbot für Motorwagen</li> <li>- Liestal, Militärhallenplatz      Anpassung der Höchstparkdauer</li> <li>- Liestal, Lärchenstrasse          Parkverbot beidseitig, befristete Massnahme</li> <li>- Liestal, Heidenlochstrasse      Änderung Vortrittsrecht</li> </ul>
		<p>Bestehen gesetzliche Bestimmungen zur Durchführung der Radarkontrollen?</p> <p>Verkehrskontrollen, darunter fallen auch Radarkontrollen, sind in der Verordnung über die Kontrolle des Strassenverkehrs (VKS) geregelt. Im Speziellen sind für Geschwindigkeitskontrollen die Technischen Weisungen über die Geschwindigkeitskontrollen im Strassenverkehr des UVEK massgebend. Die Stapo führt heute in Eigenregie Geschwindigkeitskontrollen durch. Dies sei im Widerspruch mit der Vereinbarung, welche die KAPO als für die Kontrollen zuständig erachten soll.</p>
	Feuerwehr	<p>Wie sieht die Zusammenarbeit im Bereich Materialeinkäufe heute aus?</p> <p>Mit der Feuerwehr Hülften wird eine enge Zusammenarbeit auch im Bereich Materialeinkauf gelebt. Daneben wird jedes Jahr ein Stützpunktrapport mit den Kommandos des Stützpunktkreises 5 durchgeführt. Bei diesem wird unter anderem auch, sofern möglich, der gemeinsame Materialeinkauf koordiniert. So wird jedes Jahr der Schlauchbedarf mit mehreren Feuerwehren gemeinsam gedeckt. Auch andere Ausrüstungsgegenstände wie z. B. Helme etc. fallen in diese Beschaffung. Aus diesen Beschaffungen haben sich sogar kantonale Beschaffungen wie die Einsatzbekleidung ergeben. Bei den Fahrzeugbeschaffungen wird ebenfalls eine Zusammenarbeit gesucht. Diese Zusammenarbeit im Bereich Materialbeschaffung hilft, den Budgetrahmen einzuhalten.</p>

	<p>Wie gestaltet sich allgemein die Zusammenarbeit mit den umliegenden Ortsfeuerwehren?</p> <p>Seit 01. Januar 2008 führen die Feuerwehren Liestal, Hüfthen (Frenkendorf, Füllinsdorf), Viola (Arisdorf, Hersberg, Giebenach) und Oris (Seltisberg, Lupsingen) gemeinsam die Grundausbildung durch. In dieser werden ihre neu rekrutierten Feuerwehrangehörigen in der Grundausbildung ausgebildet und geschult. Mit der Feuerwehr Hüfthen wird eine engere Zusammenarbeit gefördert. Im Bereich Tagespikett wurde von den Kommandos, in Absprache mit den beiden Feuerwehrkommissionen und dem Stadtrat bzw. den Gemeinderäten, eine enge Zusammenarbeit festgelegt. Diese Zusammenarbeit wird auch mit speziellen Übungen gefördert und in Einsätzen gelebt.</p>
	<p>Stand Überarbeitung Feuerwehrreglement?</p> <p>Das Feuerwehrreglement wurde von der Feuerwehrkommission verabschiedet und liegt bei der Stadtverwaltung, um in die Reglementsform (Vorlage Stadt Liestal) gebracht zu werden. Aus heutiger Sicht müsste der Reglementsentwurf mit einem Zusatz für eine Jugendfeuerwehr ergänzt werden. Der entsprechende Input wurde im Rahmen eines umfassenden Auftrags zur Klärung der Rekrutierungssituation unlängst dem Stadtrat eingereicht.</p>
Gemeinde- führungsstab (GFS)	<p>Fand die Stabsrahmenprüfung in Zusammenarbeit mit dem Amt für Bevölkerungsschutz statt?</p> <p>Es erfolgte Verschiebung ins 2008 (Grund: noch ausstehender Bezug KP Rück, die Übung soll auch ein Testlauf für die neue Infrastruktur sein). Die Stabstrainings erfolgten indes planungskonform, zudem ein Echteininsatz (Verpuffung mit 1 Verletztem im Schildareal), der gut erfüllt werden konnte.</p>
	<p>Stand Naris und IMASYS?</p> <p>Die AdZ (Angehörige des Zivilschutzes) Führungsunterstützung wurden im NARTIS ausgebildet. Die Personendaten für das IMASYS müssen derzeit erfasst werden. Bereits erfasst sind die Daten der Mitglieder des GFS. Personendaten Zivilschutz werden im 2008 erfasst. Ziel ist die Bereitstellung der Daten im Hinblick auf die EURO 08.</p>
	<p>Ist der rückwärtige Kommandoposten (KP Rück) bezogen? Welche Funktion hat er?</p> <p>Der Standort wurde bezogen und wird eingerichtet. Er ersetzt den bisherigen Standort (Cliquenkeller im 1. UG Rathaus). Funktion: Einsatzort GFS bei einem Ereignis. Vorteile: enge, da räumlich vereinte Zusammenarbeit bei einem Ereignis mit dem am gleichen Ort untergebrachten KKS. Zudem Arbeitsort für den GFS bei seinen Stabstrainings.</p>
3.1.3.	<p>Personaldienst</p> <p>Wann kann mit dem Mehrjahresprogramm für Aus- und Weiterbildungen gerechnet werden?</p> <p>Die Ressourcen-Situation im Personaldienst wird derzeit im Rahmen einer durchgeführten Arbeitsplatzbewertung überarbeitet, so dass anschliessend diese Pendezenz gezielt angegangen werden kann. Ziel: mit Voranschlag 2009.</p>

3.1.4.	Informationsdienst	<p>Welche Massnahmen werden zur Verbesserung der Dokumentensuche auf der Homepage ergriffen?</p> <p>In Bezug auf die systematische Suche bzw. einen allfälligen strukturellen Neuaufbau ist nach erfolgter optischer Überarbeitung ein Projekt im Gang. Die Suchmaschine auf der Homepage der Stadt entspricht einer der modernsten, und damit können die darauf befindlichen Daten aufgefunden werden.</p>
		<p>Ist ein Ersatz für die Jugendseiten im LiMa vorgesehen?</p> <p>Die seitens des Redaktionsteams angeschobenen (erfolgreichen) Jugendseiten ("View Point") wurden im Einvernehmen mit den dafür eingesetzten Schulverantwortlichen ersatzlos abgeschafft. Im LiMa wird (vgl. neueste Ausgabe) auch über Jugendthemen berichtet, und diese Berichterstattung kann bedarfsgerecht intensiviert werden. Bei Bedarf könnte im Liestal Aktuell eine Jugendseite eingelegt werden.</p>
3.2.	Finanzen	<p>Wie sieht die Leistungsvereinbarung betreffend Steuerinkasso aus?</p> <p><i>Die GPK hat die Leistungsvereinbarung gelesen. Bedenkenswert ist ihr in diesem sensiblen Arbeitsbereich, dass Liestal nach 5 Jahren gelebter Praxis im Kanton die 1. Gemeinde ist, die eine Leistungsvereinbarung abschloss.</i></p>
		<p>Stand der Abklärungen für eine allfällige Rücknahme des Steuerinkassos in die Stadtverwaltung?</p> <p>Im Dezember 2006 traf sich eine Delegation der Stadt Liestal mit der Leitung der Steuerverwaltung BL. Ziel war, die Leistungsvereinbarung für den Steuerbezug. Bei dieser Gelegenheit wurden Unstimmigkeiten betreffend des Steuerinkassos diskutiert und geklärt. Die Leistungsvereinbarung wurde am 24. August 2007 gegenseitig unterzeichnet. Die Option „Rücknahme des Steuerinkasso“ wird vorerst nicht weiterverfolgt, könnte aber je nach den gewonnenen Erkenntnissen im Zusammenhang mit den Abklärungen wegen der hohen Steuerabschreibungen in Liestal wieder aktuell werden.</p>
		<p>Wie sehen die konkreten Massnahmen zur Minimierung der Steuerabschreibungen aus?</p> <p>Folgende Massnahmen wurden/werden ergriffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Steuerveranlagungen bis Ende Februar zu 95 % erledigt. Somit rasche und regelmässige Steuerrechnungsstellung.</li> <li>- Mögliche Ursachen in Zusammenarbeit mit dem Kanton eruieren.</li> <li>- Erfahrungsaustausch und Vergleich mit anderen Gemeinden.</li> </ul>



		<p>Wie ist das Steuererlasswesen organisiert?</p> <p>Das Steuererlasswesen wird vom Kanton geregelt (Steuergesetz). Sind neben den Staats- und Bundessteuern auch Gemeindesteuern betroffen, ist das Gesuch bezüglich aller Steuerforderungen an die Finanz- und Kirchendirektion (FKD) zu stellen. Diese hört die zuständige Gemeinde im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens an. Kommt die FKD zum Schluss, dass die Staatssteuern zu erlassen sind, zieht das auch den Erlass der entsprechenden Gemeindesteuern nach sich. Wird ein Erlass der Staats- und Bundessteuern hingegen abgewiesen, kann die Gemeinde nach Entscheid der FKD in eigener Kompetenz über den Erlass der Gemeindesteuern entscheiden.</p> <p>Sind lediglich Gemeindesteuern betroffen, ist das Gesuch direkt an die betreffende Gemeinde zu stellen. Für die Beurteilung von Steuererlassgesuchen wird das kantonale Merkblatt „Steuererlass“ gebraucht.</p>
		<p>Welche Optimierungen sind bezüglich Finanzdaten für die Sozialhilfebehörde für das 2008 konkret geplant?</p> <p>Geplant ist eine regelmässige Kontrolle (SOLL/IST) der Einnahmen und Auszahlungen mit Hilfe der Informatik. Einnahmen: z. B. von der IV, anderen öffentlichen oder privaten Stellen</p>
		<p>Sind die notwendigen Unterprogramme (Queries) erstellt und im Einsatz?</p> <p>Diese Aufgabe ist derzeit in Arbeit.</p>
3.3.	Stadtbauamt	<p>Schulliegenschaften. Ist 2007 Bewegung in die Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton gekommen?</p> <p>Leider nein, der Kanton hat erst eine Landrats-Vorlage zum Thema Standorte ausgearbeitet, aber konkret sind Fragen um die Übernahme (Art/Umfang) nach wie vor ungeklärt (Abhängigkeiten von Schulstandorten und Nebenstandorten, Systementscheid 6/3, weitere).</p>
		<p>Liegenschaften Finanzvermögen: im GPK-Bericht (Fragenkatalog) zum Amtsbericht 2006 wurde von der Verwaltung für den Amtsbericht 2007 eine Grobübersicht zugesichert.</p> <p>Eine Grobübersicht zu den Liegenschaften ist in der Rechnung 2007 enthalten (Verzeichnis der Liegenschaften im Verwaltungs- und Finanzvermögen), daher wurde im Amtsbericht auf weitere Ausführungen verzichtet. Im vergangenen Jahr wurden über sämtliche Liegenschaften im Finanzvermögen Verkehrswertschätzungen durchgeführt, die Daten (Verkehrswert) sind in die Rechnung 2007 eingeflossen.</p>

		<p>Welche komplexen Fragen bestehen bezüglich Tempo 30 im Langhagquartier?</p> <p>Die spezifische Komplexität ergibt sich aus folgenden Elementen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die vorgesehene Pflanzung von Bäumen in der Langhagstrasse bedurfte einer weiter reichenden Vernehmlassung.</li> <li>• Die Planung der Massnahmen auf der stark abfallenden Gitterlistrasse und den Standorten der Schulanlage Frenke sowie des Altersheims gingen erheblich über das standardisierte Vorgehen hinaus.</li> <li>• Die Planung der Massnahmen auf der Frenkenstrasse als Zubringer zur Hanro sowie mit den Parkplätzen für die Schulanlage Frenke bedurfte genauere Abklärungen als üblich.</li> </ul>
		<p>3.2./3.3./3.3.3.5 Wurde in den Zeitplänen des Ausbaus Sichterstrasse und der Erstellung der Quartierpläne Bahnhofareal und Rebgarten keine bzw. zu wenig Zeit für mögliche Einsprachen eingeplant? Wurde nicht insgesamt zuviel geplant?</p> <p>Den Ablauf und die Dauer von Planungsprozessen genau vorauszusagen, ist nicht möglich. Generell nehmen wir dabei eine positiv-realistische Haltung ein, die sich manchmal in der Realität nicht so entwickelt. Es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, alle möglichen Einsprachemöglichkeiten mit ihren Fristen als "Worstcase" im Planungsprozess abzubilden. Zuviel geplant: Nein, alle laufenden Planungsprozesse entsprechen den Entwicklungsabsichten der Stadt Liestal und werden somit vom Stadtrat und der Verwaltung entsprechend unterstützt. Es liegt dann in der Natur der Sache, dass sich gewisse Planungsprozesse auf Grund von Schnittstellen, politischen und demokratischen Prozessen gegenüber anderen Projekten verzögern.</p>
		<p>Landschaftsplanung:</p> <p>Amtsbericht 2005: Landschaftsentwicklungskonzept und Pflegepläne sowie Bewirtschaftungspläne gehen Mitte 2006 an den Einwohnerrat // Amtsbericht 2006: Das Leitbild zur Landschaftsentwicklung konnte abgeschlossen werden.// Jahresprogramm 2007: Nach der Zustimmung zum Leitbild durch den Stadt- und den Einwohnerrat soll die Landschaftskommission das Entwicklungskonzept erarbeiten (bis Ende 2007) // Amtsbericht: Die Definition der Leitideen hat mehr Zeit beansprucht als angenommen. Das Leitbild geht im 1. Quartal 2008 in den Einwohnerrat. Diese Aussagen sind widersprüchlich. Wir bitten um Klärung.</p> <p>Seit 2005 arbeitet die Landschaftskommission am Landschaftsentwicklungskonzept (LEK). Ein Bestandteil des LEK ist das Leitbild. Die Arbeiten sind generell gegenüber dem ursprünglichen Fahrplan in Verzug. So ist die Landschaftskommission immer noch mit der Erarbeitung des LEK beschäftigt. Das Leitbild wurde in der Landschaftskommission tatsächlich bereits Ende 2006 abgeschlossen. Der Stadtrat hat sich 2007 mit dem Leitbild auseinandergesetzt und eine Überarbeitung verlangt. Diese wurde jetzt, im Frühling 2008, abgeschlossen. So dürfte die Einwohnerratsvorlage zum Leitbild wohl im Sommer 2008 in den Einwohnerrat gelangen.</p>

3.4.	Betriebe	<p>Leistungsaufträge. Mit (Vor-)Arbeiten wurde bereits 2005 begonnen. Welche Faktoren sind verantwortlich, dass das so lange dauert (Leistungsbeschriebe bis Sommer 2008)? Werden dem Einwohnerrat in irgendeiner Form die Resultate zur Kenntnis gebracht?</p> <p>Einerseits mussten noch Grunddaten (Strassenlängen, Anzahl Papierkörbe, Tourenbeschriebe, etc.) erhoben werden. Andererseits wurden andere Projekte, vor allem die Projekte Zertifizierung und Strassenmanagement, priorisiert. Es geht um ein Führungsmittel innerhalb der Exekutive. Wenn der Einwohnerrat Bescheid will, kann er Einsicht nehmen.</p>
		<p>Strassenmanagement. Wie wird nach der Erfassung der Zustand unserer Gemeindestrassen qualitativ bewertet?</p> <p>Die Strassen sind abschnittsweise in verschiedene Sanierungsstufen eingeteilt. Gesamthaft sind 72.5 km Strassen klassifiziert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• schadenfrei, kein Handlungsbedarf: 5 %</li> <li>• Sanierung in 5-10 Jahren: 20 %</li> <li>• Sanierung in 1-5 Jahren: 55 %</li> <li>• Sofortmassnahmen: 20 %</li> </ul> <p>Zur Vergleichsfrage: der Zustand ist durchschnittlich bzw. eher unter dem Durchschnitt.</p>
		<p>Warum werden die Controllinginstrumente des Qualitätsmanagements erst später für die Spezialfinanzierungen angewandt?</p> <p>Viele Aufträge in den Spezialfinanzierungen werden über Projekte abgewickelt. Es ist vorgesehen, mit dem Projektmanagement auch die dazugehörigen Projekt-Controllinginstrumente weiter zu entwickeln. Teilprozess-Unterlagen dazu wurden bereits erstellt.</p>
3.5.1.	Sozialhilfe	<p>Wann ist die Wirkungsbilanz zu erwarten?</p> <p>Die Wirkungsbilanz liegt vor. Von 47 Programmteilnehmenden konnten von der Sozialhilfe infolge Eingliederung in den Arbeitsprozess 9 Personen ganz und 15 Personen teilabgelöst werden, was einer Quote von 52 % entspricht. Daraus resultiert für die Sozialhilfe ein geschätztes Sparpotenzial von 330'000.-, sollte die Ablösung nachhaltig sein und die betreffenden Personen 2 Jahre im Arbeitsprozess verweilen.</p> <p>Das Resultat darf als positiv und lohnend interpretiert werden und bestätigt, dass wir mit unserer Strategie der beruflichen Eingliederung auf Kurs sind.</p>

	<p>Machen sich die Anstrengungen betreffend subsidiäre Fallbearbeitung bezahlt?</p> <p>Ja. Die Erfahrungen mit dem externen Fallcoaching durch eine Sozialversicherungsexpertin sind positiv. In Einzelfällen konnten rückwirkend Sozialversicherungsleistungen geltend gemacht werden, was die Sozialhilfe entlastet hat. Sämtliche neuen Fälle sowie komplexe Situationen bei bestehenden Fällen werden in diesem Coaching bearbeitet. Mit diesem 4-Augen-Prinzip ist Gewähr geschaffen, dass die Subsidiaritätsleistungen vollständig ausgeschöpft werden und der Sozialhilfe keine Gelder verloren gehen. Es besteht eine Leistungsvereinbarung mit dem Behindertenforum, kein Arbeitsverhältnis.</p>
	<p>Was fehlt noch bis zur endgültigen Einrichtung des Case-Managements?</p> <p>Das Case-Management gelangt bereits zur Anwendung. Für eine kohärente Implementierung werden noch EDV-Anpassungen vorgenommen, welche in den kommenden Monaten eingerichtet werden.</p>
	<p>Wie weit ist die regionale Zusammenarbeit geklärt?</p> <p>Die Sozialhilfebehörden sind in einem kantonalen Verbund organisiert und pflegen mit jährlichen Treffen einen Erfahrungsaustausch. Die Sozialen Dienste der Region treffen sich periodisch im Rahmen des so genannten Regio-Treffs, um Themen auszutauschen, Aktualitäten zu besprechen sowie Institutionen kennen zu lernen. Die Leiter der Sozialen Dienste stehen in einem regelmässigen quartalsweisen Erfahrungsaustausch.</p>
	<p>Welche Massnahmen aus dem Audit 2006 wurden umgesetzt?</p> <p>Sämtliche im Audit vorgeschlagenen Massnahmen sind umgesetzt. Deren Wirkung wird im Rahmen einer weiteren Auditierung in den kommenden Monaten geprüft.</p>
3.5.2	<p>Vormundschaft</p> <p>Wie kann die Zunahme bei den Beistandschaften bewältigt werden (qualifizierte Personen)?</p> <p>Es ist eine konsequente Trennung zwischen einfachen Verwaltungsbeistandschaften und anspruchsvollen Beistandschaften mit einem Beratungsauftrag vorzunehmen. Die Sozialarbeiter, welche derzeit ca. einen Drittel der Mandate ohne eigentlichen Beratungsauftrag führen müssen, sind davon zu entlasten. Der Dienst wird dazu noch vor den Sommerferien einen Vorschlag unterbreiten.</p>
	<p>Wie wird der Bedarf an juristischen Kenntnissen im Vormundschaftswesen gedeckt?</p> <p>Der Abteilungsleiter Vormundschaft besucht zu diesem Zweck derzeit eine Intensiv-Weiterbildung, welche sich als Schwerpunkt mit juristischen Fragenstellungen befasst. Der Kenntnisstand im Dienst ist heute schon relativ hoch. In komplexen Fallsituationen können im Weiteren der interne Rechtsdienst und das Kantonale Vormundschaftsamt konsultiert werden.</p>

		<p>Gemäss Bericht der Vormundschaftsbehörde nehmen Gefährdungsmeldungen (+ 40 %) und Schulausschlüsse drastisch zu. Worauf ist diese Zunahme zurückzuführen? Wie sieht die Zusammenarbeit Bildung/Schule/ Soziale Dienste aus? Welche Gefässe /Massnahmen wären gefordert, erwünscht, sind geplant?</p> <p>Was die Primarschule betrifft, haben die Schulausschlüsse nicht drastisch zugenommen. Es gab seit langem anfangs Jahr wieder einen Fall. Zu den Gefährdungsmeldungen ist zu sagen, dass diese in der Regel durch die Schulleitung erstattet werden, nach Meldungen der Lehrpersonen. Wieso solche Fälle zunehmen, ist schwer zu beurteilen. Wir stellen fest, dass häufiger Kinder vernachlässigt und dadurch gefährdet sind, was mittels Gefährdungsmeldung weitergeleitet wird. Die Zusammenarbeit mit den Sozialen Diensten ist gut. Auch die örtliche Nähe im Rathaus wirkt sich positiv aus.</p>
3.5.3.	Jugendkommission	<p>Konnten bereits partizipative Projekte mit Jugendlichen durchgeführt werden?</p> <p>Die Projekte sind in der Phase der Vorbereitung.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erstellung einer Homepage betreffend für Jugendliche interessante Themen</li> <li>- Ideensammlung betreffend Umsetzungsbedarf</li> </ul> <p>Wann erscheint der Kulturführer?</p> <p>Die Herausgabe eines kommunalen Kulturführers ist derzeit nicht (mehr) geplant. Informationsplattformen bilden der Kulturkalender, das Liestal aktuell, das Liestalmagazin (LiMa), die Homepage der Stadt Liestal sowie die Anschlagmöglichkeiten an den Kulturwägeln.</p> <p>Wird den Jugendlichen ein kostengünstiges Fenster im Kulturführer zugesprochen?</p> <p>Jugendliche haben in den bestehenden Plattformen die Möglichkeit, ihre kulturellen Angebote zu platzieren. Meist suchen sie sich jugendnähere Kanäle (Flyer, welche an den Schulen abgegeben werden). Das Departement Kultur ist offen für alle Jugendanliegen und nimmt diese gerne entgegen.</p> <p>Wird der Standort der Kinderkonzerte beibehalten?</p> <p>In diesem Jahr wird der Standort für die Kinderkonzerte im Zusammenhang mit der EURO 08 in der 9. Arena sein. In weiterer Zukunft soll nach derzeitigem Stand der Überlegungen grundsätzlich wieder der bekannte Standort in der Rathausstrasse Austragungsort der Kinderkonzerte sein. Alternativen werden derzeit geprüft.</p>
3.5.5.	Kultur	
3.6.	Bildung/ Sport	<p><b>Dieser Bereich wurde an einer speziellen Sitzung mit dem verantwortlichen Stadtrat und dem Bereichsleiter vertieft geprüft. Die Beantwortung der GPK-Fragen ist nur in einer Auswahl und in teils sehr gekürzter Form wiedergegeben.</b></p> <p>Systematik und Prozess der Zertifizierung (welche Schritte sind zu tun, welche Inhalte zu erfüllen)</p> <p>Das Modell Q2E wird erläutert.</p>
3.6.1	Unterricht/ Qualitätsentwicklung	

	<p>Lässt sich ein „Zielzustand“ definieren, der die Zertifizierung zur Folge hat?</p> <p>Q2E bedeutet nicht, fehlerlos zu sein, sondern Fehler zu erkennen (durch Evaluationen) und zu korrigieren (durch Entwicklung). Dies ist ein Prozess, kein Zustand. Die Schule verfügt über das nötige Instrumentarium.</p>
	<p>Elternarbeit: werden im Q2E-Prozess neue Wege beschritten? Wenn ja, lässt sich bereits etwas über Auswirkungen sagen?</p> <p>Das Schulhaus Gestadeck wird nach den Sommerferien ein Projekt „Elternarbeit“ beginnen. Die Erfahrungen dieses Schulhauses werden der gesamten Schule zugänglich gemacht.</p>
	<p>Wie funktionieren die Qualitätsgruppen und Lernpartnerschaften heute? Was hat sich ggf. daraus entwickelt?</p> <p>Dies wurde im Frühjahr 2006 erstmals evaluiert (durch ein externes Team) und zeigt grosse Akzeptanz. Wichtig ist, dass die Erfahrungen aus den verschiedenen Gruppen besser und vermehrt ausgetauscht werden, was nach den Sommerferien geschehen wird.</p>
	<p>Was lässt sich über die Auswirkungen der Mitarbeitengespräche sagen (Einführung 2004 nach Pilotphase)?</p> <p>Diese sind sehr gut akzeptiert. Die Lehrpersonen wünschen Rückmeldungen zu ihrer Arbeit, da bestand wohl jahrzehntelang ein Vakuum.</p>
	<p>Welche Kriterien sind für die gegenseitigen Hospitationen der Lehrkräfte definiert? Was geschieht mit den Ergebnissen?</p> <p>Die Schulleitung definiert ein Beobachtungskriterium, das dem Jahresziel entspricht (zur Zeit „Umgang mit Heterogenität“). Die Lehrpersonen können ein weiteres Beobachtungsthema dazunehmen. Die Auswertung erfolgt in der Gruppe. Anlässlich des Mitarbeitengesprächs können die Lehrpersonen darüber berichten, sie werden jedoch nicht genötigt. Die Schulleitung besucht den Unterricht unter denselben Kriterien.</p>
	<p>Welche Schlüsse zieht die Schulleitung (SL) aus den insgesamt erfreulich positiven Rückmeldungen der Eltern- und SchülerInnenbefragungen für die nähere Zukunft? Wo sieht sie Handlungsbedarf? Wie beurteilt die SL die Bereiche Mobbing, Angst vor MitschülerInnen,... Wie interpretiert die SL die hohe Enthaltungsziffer der Eltern bei Fragen, welche Gewalt, Mobbing, Klima (4.1-4.4) oder Leistungsmessung (5.3-5.5) betreffen.</p> <p>Die Evaluation ist Voraussetzung, damit die Schule Mängel beheben und sich für die Zertifizierung bewerben kann.</p> <p>Die Enthaltungen beim Thema Mobbing, Angst etc. sind vermutlich darauf zurückzuführen, dass die Eltern nicht genau wissen, wie die Lehrpersonen bei solchen Problemen intervenieren. Bei der Frage 4.5 sagen die Eltern aus, dass sich ihre Kinder in der Schule sehr wohl fühlen.</p>

	<p>Wie beurteilt die SL die Aussagen zu Unter-/Überforderung der SchülerInnen. Sieht sie Handlungsbedarf?</p> <p>Diese Antworten zeigen, dass die Schüler/-innen feststellen, dass die Lehrpersonen sehr wohl wissen, wo die Kinder ihre persönlichen Stärken haben. Jedoch wird nicht besonders darauf eingegangen. Deshalb ist das Jahresthema für die weitere Schulentwicklung „Umgang mit Heterogenität“. Im Fraumattschulhaus wird ein Projekt „Pädagogik der Vielfalt“ umgesetzt, die ganze Schule arbeitet während 2 Jahren an diesem Thema (Weiterbildung vor Ostern).</p>
	<p>Wie steht es um die Zufriedenheit der Lehrpersonen?</p> <p>Die Zufriedenheit ist sehr hoch, wenig Weggänge (dieses Jahr 2 wegen Pensionierung und Mutterschaft).</p>
	<p>Wie geht die SL bei der Umsetzung der 8 Empfehlungen vor? Gewichtung? Zeitplan? Ressourcen?</p> <p>Bessere Information der Eltern (und zum Teil der Lehrerschaft) über das Qualitätsmodell Q2E. Im neuen Schuljahr werden alle Lehrpersonen die Eltern über das Q-Modell informieren. Dazu wird ein Flyer vorbereitet, der den Eltern abgegeben werden kann.</p>
	<p>Im Amtsbericht 2006 wurden als Jahresthema 2007 die Lehr- und Lernarrangements genannt (Leitbild) – als Projekt „Pädagogik der Vielfalt“. Es findet im AB 2007 keinen Niederschlag. Wir bitten um Bericht.</p> <p>Der Umgang mit Heterogenität ist eine grosse pädagogische Herausforderung der Zukunft. Wir machen es zum 2-Jahresthema. Das Schulhaus Fraumatt setzt ein aufwändiges Projekt zum Thema „Vielfalt“ um.</p>
	<p>Wer entscheidet über Einweisung Integrative Schulungsform ISF oder Kleinklasse?</p> <p>Die Schulleitung. Doch wenn die Eltern ihr Kind nicht in die Kleinklasse schicken wollen, bewilligen wir ISF, damit dem Kind geholfen wird (und der Klasse sowie den Lehrpersonen). Wir wollen damit das Kind unterstützen.</p>
	<p>Wie sind die Erfahrungen mit ISF (Eltern, Lehrpersonen)?</p> <p>Im Sommer wird das Konzept evaluiert (Erfahrungen der beteiligten Klassenlehrer/-innen, der Eltern).</p>
	<p>Werden weitere Kleinklassen geschlossen für den Ausbau von ISF?</p> <p>Zur Zeit sind die beiden Kleinklassen eher gross. Doch ISF ist eher zunehmend.</p>
	<p>Bleiben Kleinklassenplätze für spezielle Bedürfnisse für alle Altersklassen bestehen?</p> <p>Ja.</p>

3.6.2	Zusatzangebote	<p>Sind in Sachen Gesundheitsförderung Schritte geplant? Das Bild in der Zeitung vom Mittagstisch Gymnasium zeigte alle Kinder mit einer Flasche Süssgetränk... Wie ist die Elternarbeit geregelt?</p> <p>Wir nehmen den Wunsch gerne mit, dass die Kinder im Mittagstisch auch gesunde Getränke konsumieren. Verboten ist schwierig, doch sprechen wir das gerne an.</p>
		<p>Wird das Pilotprojekt „Sitzen als Belastung“ fortgeführt?</p> <p>Ja, es ist bei Lehrpersonen und Kindern sehr beliebt. Wir haben das Glück, das wir im Lehrkörper eine ausgebildete Trainerin für Alexander-Technik haben.</p>
		<p>Begabtenförderung: geht es um Hochbegabte oder auch um auffallende „Einzelbegabungen“?</p> <p>Es geht um die Förderung besonderer Begabungen, nicht um „Hochbegabte“, welche anderen Lösungen benötigen. 2 bis 4 Lektionen für 4 bis 8 Kinder.</p>
3.6.3	Regionale Musikschule rml	<p>a. Kosten Über 90 % des Aufwandes der Musikschule ist personalbezogen. Die Löhne werden durch den Kanton festgelegt und sind vom Zweckverband nicht beeinflussbar.</p> <p>b. Raumsituation: Die Raumsituation ist nach wie vor angespannt und erfordert das Ausweichen in schulische und private Räumlichkeiten, die nicht für den Unterricht der Musikschule vorgesehen sind und deren Benutzung immer wieder neu ausgehandelt werden muss (bzw. die anderen Nutzungen blockiert). Bisher wurde von der Leitung der Musikschule der Ansatz vertreten, dass der Unterricht für alle Gemeinden am Standort Liestal angeboten werden soll. Die neu gewählte Leitung scheint einen etwas pragmatischeren Weg einschlagen zu wollen und möchte zwischen der Standort- und den umliegenden Gemeinden eine neue Balance erreichen: Falls es sinnvoll ist, könnte auch in den anderen Gemeinden unterrichtet werden. Dies würde zu einer Entspannung der Raumnot in Liestal beitragen.</p> <p>c. Abgrenzung der Privaten Musikschule Pro Woche werden 620 Stunden an der Musikschule gemäss Bildungsgesetzgebung unterrichtet. Demgegenüber stehen 20,5 Stunden der PMS. Die Mehrheit des Zweckverbandes hat beschlossen, dass bei einer Erhöhung der Kostenätze für die Abgeltung des Aufwandes für den Verwaltungs- und Sachaufwand der Vertrag mit der PMS vorerst befristet bis Juni 2009 weitergeführt wird. Die PMS ist von der Rechnung der rml klar abgegrenzt.</p> <p>d. Probleme des Zweckverbandes Die Überführung ins neue kantonale Bildungsgesetz 2003 hat zu einer Neuorganisation der Zweckverbandsbehörden geführt. Neben dem Schulrat, welcher die Befugnisse gemäss kantonomer Gesetzgebung wahrnimmt (insbesondere Aufsicht), musste eine Delegiertenversammlung der beteiligten Gemeinden eingeführt werden (nimmt insbesondere die Finanzkompetenz wahr). Diese beiden Gremien harmonisieren noch nicht optimal. Durch gemeinsame Sitzungen soll nun erreicht werden, dass künftig besser koordiniert wird.</p>



		<p>e. Leitung Der Ersatz des langjährigen Leiters gelang zunächst nicht optimal. Die neu gewählte Leiterin musste schon nach wenigen Wochen freigestellt und gekündigt werden. Inzwischen wurde die Stelle nochmals ausgeschrieben und konnte besetzt werden.</p> <p>f. Externer Support Externer Support wurde im Bereich PMS beigezogen: Die kantonale Finanzkontrolle überprüft, ob die PMS- und rmi-Rechnungen in den vergangenen Jahren immer korrekt abgegrenzt waren. Bei der erneuten Schulleiterwahl wurde das Amt für Volksschulen beigezogen, welches einen Vertreter in die vorbereitende Wahlkommission delegierte.</p> <p>g. Wer ist federführend? Federführend sind die Präsidien des Schulrates und der Delegiertenversammlung.</p> <p>h. Welche Rolle hat der Stadtrat? Der Stadtrat ist im Schulrat (1.) und in der Delegiertenversammlung (2.) vertreten, wo er sein Antrags- und Stimmrecht ausüben kann.</p>
3.6.4	Sport	<p>GESAK: „Mit den Sportanlagen sind die Umfrage-Teilnehmenden sehr zufrieden“: ist damit die Art oder der Zustand gemeint? Beides.</p>
		<p>Warum war für das GESAK eine externe fachliche Leitung aus Bern beauftragt und keine regionale Person? Das Büro aus Bern (Berz Hafner + Partner AG) hatte bereits in Muttens ein (Pilot-)Gemeindesportanlagenkonzept GESAK erarbeitet und wurde uns vom mitfinanzierenden kantonalen Sportamt empfohlen.</p>
		<p>Rücklaufquote der Umfrage von 3.9 %: statistische Aussagekraft zweifelhaft. Dies ist nur der Rücklauf von Einzelpersonen. Der Rücklauf bei den Vereinen beträgt 71 %, bei den Schulen 62 %.</p>
		<p>Wie niederschwellig sind die Massnahmen? Wie werden sie mit den laufenden Bauprojekten verknüpft (z. B. Kinderspielfläche)? Ist die BPK eingebunden? Die Massnahmen wurden nach Bedarf, Umsetzbarkeit und Kosten beurteilt und werden dementsprechend in die Planungsinstrumente (Entwicklungsplan, Jahresprogramm) der Stadt einfließen. Jede Massnahme wurde auch bezüglich der Koordination mit anderen Vorhaben / Planungen beurteilt.</p>

<p>Weitere Fragen</p>	<p>Spitex: Wir bitten um Bericht über die Aktivitäten im 2007.</p> <p>Die Stunden der Hilfe und Pflege sind wiederum um 1.5 % gestiegen, Anzahl Einsätze um 7 %. Die Spitex Regio Liestal erbringt deutlich weniger Hauswirtschaftsstunden als im gesamtschweizerischen Durchschnitt. Dadurch verkürzt sich die Einsatzdauer, und es fallen mehr Wegzeiten an. Sowohl die Pflegevollkosten wie auch die Hauswirtschaftskosten konnten deutlich gesenkt werden. Entsprechend positiv resultierte das Betriebsergebnis. Fr. 90'000.- wurden für eine rückwirkende Anpassung an die Gemeindebeiträge für die angeschlossenen Gemeinden zurückgestellt. Die Gemeindebeiträge decken 21 % des Gesamtaufwandes.</p> <p>Eine ausführliche anonyme Mitarbeiterbefragung bescheinigt dem Arbeitsplatz Spitex Regio Liestal mit 73 Mitarbeitenden eine hohe Zufriedenheit, was sich wiederum auf die Dienstleistungen auswirkt. Im Mahlzeitendienst wurde ein zusätzliches Angebot aufgebaut – kalt gelieferte Mahlzeiten zum Aufwärmen. Die Nachfrage ist unverändert sehr gut. Im 2007 wurde von der Spitex Regio Liestal als neues Dienstleistungsangebot der Wäschendienst eingeführt. Diese Dienstleistung wird nicht von den Gemeinden mitfinanziert.</p>
	<p>Schulzahnpflege: Wir bitten um Bericht über die Aktivitäten im 2007.</p> <p>Die Kinder- und Jugendzahnpflege (KJZ) beinhaltet folgende Arbeitsabläufe:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- KJZ Ein- und Austritte (Neuaufnahmen, Zuzüger, Wegzüger, Ausschlüsse)</li> <li>- Information an Zahnärzte über Ein- bzw. Austritte</li> <li>- Kontrolle der Sammelrechnungen der Zahnärzte</li> <li>- monatliche Rechnungsstellung an Eltern (ca. 1'530 Rechnungen/Jahr)</li> <li>- jährliche Abrechnung des Kantonsbeitrages für die KJZ</li> </ul> <p>KJZ-Rechnung 2007: Insgesamt wurden CHF 503'235.- Zahnarzt Honorare bezahlt. Davon konnten gemäss Tarif CHF 318'996.- den Eltern in Rechnung gestellt werden. Der Kanton beteiligt sich mit 1/6 an den Zahnarzt Honoraren, CHF 83'873. Der Kostenanteil der Stadt Liestal (inkl. Personalkosten CHF 19'000) beträgt CHF 119'366. (Vorjahr: CHF 118'811)</p> <p>Die Kontrolle der Sammelrechnungen der Zahnärzte geschieht wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Prüfung, ob Kind als Einwohner in der Stadt Liestal gemeldet ist</li> <li>- Prüfung, ob Kind in der KJZ Liestal angemeldet ist</li> <li>- Prüfung der Zahnarzt Honorare gemäss Tariffliste des Kantons (VSD)</li> <li>- Bei Unklarheiten betreffend angewendetem Honorar-Tarif oder unverhältnismässig hohen Zahnarzt Honoraren wird mit dem Kanton (VSD) Rücksprache genommen.</li> </ul>